

Dr. Klaus-Peter Hartmann

## **Ehemalige Berufssoldaten der NVA in der Bundesrepublik Deutschland**

Zu Ergebnissen einer Meinungsumfrage im Deutschen Bundeswehrverband

Mein Vortrag behandelt Erfahrungen einer sehr spezifischen Personengruppe mit der deutschen Einheit und der Gesellschaft der Bundesrepublik. Es handelt sich um ehemalige Berufssoldaten der Nationalen Volksarmee, und zwar um diejenigen rund 10.000, die sich zur Wahrnehmung ihrer Interessen vor allem Ende 1990 und Anfang 1991 dem Deutschen Bundeswehrverband angeschlossen haben. Unter diesen hat eine Gruppe von Historikern und Sozialwissenschaftlern, die selbst der NVA angehört hatten, Anfang vorigen Jahres eine Meinungsumfrage durchgeführt, die sich neben der sozialen Lage und verbandsinternen Fragestellungen vor allem der Integration der ehemaligen Berufssoldaten der NVA in die gesellschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik zuwandte. Es ist möglicherweise die erste Untersuchung dieser Art, die als Zielgruppe ausschließlich sogenannte „Staatsnahe“ aus dem sonst üblichen Bevölkerungsquerschnitt herausgreift. Mittels Fragebogen sowie in Gruppengesprächen in acht ehemaligen NVA-Standorten wurden dabei mehr als 1.000 Probanden erfaßt. Bereits die weit überdurchschnittliche Teilnahmequote an den Befragungen (nur 1,4 Prozent waren nicht zur Teilnahme bereit), die ungewöhnlich hohe Anzahl zusätzlicher schriftlicher Äußerungen (bis zu 85 Prozent) und die selbst in Intimbereichen oder politisch brisanten Fragestellungen an den Tag gelegte Offenheit sind Indizien dafür, daß hier eine Gelegenheit zu Selbstbefragung und Bilanz erkannt und genutzt wurde. Auch das schon während der Befragungen angemeldete und seitdem ungebrochene Interesse an den Ergebnissen der Umfrage weist auf permanente Suche nach Standortbestimmung und Selbstfindung hin, also auf tiefgehende Identitätsprobleme.

Ich will hier einfügen, daß Schlüsse aus den Umfrageergebnissen nach unserem Verständnis direkt nur auf die im Bundeswehrverband vereinten ehemaligen Berufssoldaten der NVA zulässig sind. Neben dieser existieren mindestens drei weitere, unterscheidbare Gruppen. Das sind

- erstens jene, die den Weg zum Bundeswehrverband bewußt abgelehnt haben (wie die in der Umfragepopulation ebenfalls überwiegend ältere)
- zweitens die wenigen (überwiegend jüngeren), die in die Bundeswehr übernommen wurden
- und drittens die große Gruppe derer, die zumindest die formalen Bindungen an ihren ehemaligen Beruf gelöst und sich nicht zusammengeschlossen haben bzw. zusammenschließen konnten; sie stehen entweder erneut voll im Berufsleben und haben entsprechend gerichtete, neue Interessen, fanden durch ungünstige örtliche Bedingungen keinen Anschluß oder wollten Brücken hinter sich abbrechen; auch in dieser Gruppe sind eher Jüngere zu vermuten.

Die dem Bundeswehrverband angehörenden ehemaligen Berufssoldaten der NVA stehen in mehrfacher Hinsicht für Spezifisches und Ungewöhnliches. Als ebenso erstaunlich wie die Öffnung der berufsständischen Interessenvertretung einer westlichen Armee für Berufssoldaten ihres ehemaligen Gegners muß auch gelten, daß letztere diesen Schritt tatsächlich vollzogen. War es doch ein riesiger - und mißverständnisfördernd früher - Schritt über bisherige Denk- und Verhaltensweisen hinaus, der z.T. bis heute nicht bei allen ihren ehemaligen NVA-Kameraden Verständnis findet. Die Gründe für diesen Schritt sind schnell genannt. Zu dieser Gruppe zählen *erstens* viele, die in der Zeit der Wende die beginnende demokratische Reformierung der ostdeutschen Armee aktiv mitgestaltet oder zumindest unterstützt hatten. Sie repräsentieren damit jenen Kreis von Berufssoldaten, der am

ehesten auf Interessenvertretung in gegebenen demokratischen Strukturen vertraute.

Zugleich waren die meisten schon vor dem 3. Oktober 1990 aus dem Dienst ausgeschieden oder folgten bis Ende des Jahres. Über 80 Prozent waren zu diesem Zeitpunkt bereits 50 Jahre oder älter, ganze 7 Prozent sind heute noch jünger als 50. Nur gut zwei Fünftel sind noch beruflich tätig, lediglich 12 Prozent vollbeschäftigt. Der Anschluß an den Bundeswehrverband zu jenem Zeitpunkt war demnach *zweitens* in hohem Grade existentiellen sozialen Problemen geschuldet - angesichts ihres Alters und Berufsprofils hatten viele nur geringe oder keinerlei Aussichten auf Fortsetzung ihres Berufslebens und sahen ihren Lebensabend gefährdet. *Drittens* schließlich bot der DBwV eine geeignete Organisationsform für das Bestreben, den Kontakt zu den Kameraden aus der NVA nicht zu verlieren und gemeinsamen Interessen weiterhin nachgehen zu können.

Doch nun zu den Erhebungsbefunden. Unverkennbar vollzieht sich in dieser Gruppe ein übergreifender, Gesellschafts- wie Selbstbewertung erfassender Prozeß des Umdenkens, der Neuorientierung und der Identitätssuche. In den Umfrageergebnissen manifestiert sich das zunächst deutlich in einem *Verhältnis kritischer Loyalität zu den tragenden Säulen des Gesellschaftssystems der Bundesrepublik* (Grundgesetz, parlamentarische Demokratie und soziale Marktwirtschaft).

Die *Übereinstimmung mit den Festlegungen des Grundgesetzes* ist hoch, wenn auch kritisch differenziert. Rund vier Fünftel stimmen vollkommen (18 Prozent) oder doch überwiegend mit ihnen überein, die anderen kaum bzw. überhaupt nicht (2 Prozent). Das Fehlen bestimmter - aus der DDR gewohnter - Grundrechte, stärkerer Einfluß des Volkes und die Notwendigkeit einer deutschen Verfassung nach Vollzug der Vereinigung sind die inhaltlichen Hauptargumente für Reformbedarf. Begründungen für partielle oder völlige Nichtübereinstimmung liegen jedoch weniger im Inhalt als in der Umsetzung des Grundgesetzes. Als im Alltag verwirklichte Grundrechte werden vor allem die Freiheiten des Individuums in der pluralistischen Gesellschaft erlebt; als weniger realisiert erfährt man das Grundrecht auf Menschenwürde, am wenigsten durchgesetzt den Gleichheitsgrundsatz. Widersprüche zwischen Text und Realität stehen hier für eine ostdeutsche Grunderfahrung, die - durch gruppenspezifisches Erleben zugespitzt - die Beziehung der Befragten zur Bundesrepublik stark prägt. Gleichbehandlung vor dem Gesetz, Gleichberechtigung der Frau, das Rentenüberleitungs-Gesetz, Erscheinungen von Ausgrenzung, Diskriminierung und Kriminalisierung von ehemaligen NVA-Angehörigen u.a. sind Reizthemen.

Das *Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie* ist wie das zum Grundgesetz positiv-kritisch, angesichts eigener Erfahrung aber um einiges zurückhaltender. Mit rund drei Viertel der Befragten akzeptiert eine deutliche Mehrheit die Staatsform der Bundesrepublik; 4 Prozent anerkennen sie als bewahrenswert, so wie sie ist, 71 Prozent als im Prinzip bewahrenswert, aber reformbedürftig. Als überholt und ablösungsbedürftig wird sie von 23 Prozent gesehen. Die Reformbedarf anmeldende Mehrheit anerkennt die parlamentarische Demokratie als die bisher den Volksinteressen offenbar am ehesten gerecht werdende Staatsform, sieht aber eine Tendenz des Verlustes an Glaubwürdigkeit und Gestaltungsfähigkeit im heutigen Parlamentarismus. Kompetenz und Rechenschaftspflicht der Abgeordneten, nicht ausreichende Mitbestimmungsrechte des Volkes, Gewährleistung sozialer Grundrechte, Einhaltung der Grundgesetzes durch die Exekutive, Einschränkung des Einflusses der Banken und Konzerne umreißen die Felder, auf denen Veränderungen als notwendig betrachtet werden. Wer die parlamentarische Demokratie für überholt und ablösungsbedürftig ansieht, versteht sie als von Banken und Konzernen beherrschte Scheindemokratie, die Gesellschaft politisch und ökonomisch polarisierend und unfähig, anstehende Probleme zu lösen; er benennt allerdings

keine Alternative.

Kritischer Respekt charakterisiert das *Verhältnis zur sozialen Marktwirtschaft*. Mehr als vier Fünftel bejahen diese Wirtschaftsform als bewahrenswert, wenn die soziale Komponente verteidigt wird (45 Prozent) bzw. unter Anmahnung von Reformbedarf (34 Prozent). 17 Prozent halten sie für überholt und ablösungsbedürftig. Auch wer Reformen anmahnt, meint vor allem eine Verstärkung des sozialen Charakters der Marktwirtschaft und nennt wiederum vorrangig soziale Grundrechte wie Arbeit, Wohnung, Bildung. Weiter werden Veränderungen in der Verteilung, mehr Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Einschränkungen der Profitorientierung, stärkere Förderung von Mittelstand und Kleinbetrieben, mehr staatliche Kontrolle sowie eine stärkere Orientierung auf Ökologie und Wissenschaft erwartet.

Ungeachtet - oder gerade wegen - aller kritischen Einwände sind 92 Prozent zu *demokratischer Mitwirkung und Mitgestaltung* bereit, davon 43 Prozent uneingeschränkt; nur 6 Prozent verweigern sich. Positiv-kritische Haltung und Wille, etwas zu bewegen, münden in aktive Wahrnehmung von Bürgerrechten: 96 Prozent beteiligen sich stets an Wahlen, 64 Prozent arbeiten regelmäßig in Interessengemeinschaften oder Vereinen mit, 23 Prozent in Parteien, 14 Prozent in Bürgerinitiativen. Bis zu 30 Prozent nehmen solche Formen demokratischer Mitwirkung zumindest gelegentlich wahr. Nur ein einziger erklärte, keine der vorgegebenen Formen zu nutzen. Demokratische Mitwirkung reduziert sich demnach nicht auf eine kleine, exklusive Gruppe; sie erfaßt trotz unterschiedlich entwickelter Bereitschaft dazu die breite Mehrheit der ehemaligen Berufssoldaten, die demokratische Rechte und Pflichten ernst nimmt und sich mehr oder weniger aktiv in das gesellschaftliche Geschehen in der Bundesrepublik einbringt.

Trotzdem sehen sie sich auch fünf Jahre nach der deutschen Vereinigung *erst teilweise in die gesellschaftlichen Verhältnisse und Strukturen der Bundesrepublik integriert*. Nur einer von 25 versteht sich im allgemeinen bereits als Bundesbürger, weitere zwei dagegen überhaupt nicht. Alle übrigen betrachten sich unverändert als „Bürger zweiter Klasse“. Zwischen dem Grad der Integration in die Bundesrepublik und dem Verhältnis zu deren gesellschaftlichen Grundlagen besteht eine enge Wechselbeziehung, aber kein Junktim. Auch die sich überhaupt nicht integriert fühlen, bejahen zu 42 Prozent die parlamentarische Demokratie und zu 51 Prozent die soziale Marktwirtschaft.

Selbst wenn mit dem Begriff des „Bürgers zweiter Klasse“ zunächst nur ein Klischee bedient wird, bringt es doch - wie u.a. die „Spiegel“-Umfrage vom Juni 1995 deutlich machte - das in den neuen Bundesländern verbreitete Gefühl der Zurücksetzung in dieser Gruppe besonders drastisch zum Ausdruck. Unter den als dafür bestimmend angegebenen Gründen rangiert die fehlende materielle Gleichstellung noch vor politischer Ausgrenzung, Nichtübereinstimmung von Werten und Lebenszielen, Nichtanerkennung beruflicher Erfahrungen und Abschlüsse - alle mehrheitlich genannt. Das ist - wie auch das nur von knapp der Hälfte der Befragten angegebene Argument fehlender Möglichkeiten zu beruflichen Betätigung - vorwiegend der Altersstruktur und der Rentenabhängigkeit dieser Population geschuldet. Viele haben den Eindruck, daß man zwar ihre Wählerstimmen will, an einem aktiven Integrationsprozeß trotz vorhandener Bereitschaft und erwiesener Lernfähigkeit aber nicht interessiert ist. Dieser Vorwurf wird insbesondere an die politischen Institutionen der Bundesrepublik gerichtet, während wirtschaftliche Unternehmen eher als integrationsfördernd erlebt werden. Insgesamt kann nachgewiesen werden, daß Integration in die Bundesrepublik und das Verhältnis zu deren verfassungsrechtlichen Grundlagen weniger politisch-weltanschaulich bestimmt sind als vielmehr durch die objektive Lebenssituation und deren individuelle, durch das Prisma der Erfahrungen in und mit der DDR gebrochene Reflexion.

Die *soziale Lage der erfaßten Gruppe ehemaliger NVA-Berufssoldaten* ist durch eine Reihe typischer Merkmale gekennzeichnet, die sie im einzelnen sicher mit dem Gros der früheren DDR-Bürger teilen; der Zusammenfall all dieser Merkmale in einem kleinen Teil einer Berufsgruppe dürfte in dieser Kompaktheit jedoch eher die Ausnahme bilden.

Ein erstes Charakteristikum liegt darin, daß das Ausscheiden aus dem Militärdienst für große Teile der Population zugleich den *vorzeitigen und endgültigen Ausstieg aus dem Arbeitsleben* bedeutete. Form und Folgen dieses Ausscheidens unterschieden sich von ähnlichen Prozessen in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen, in denen sich solche Vorgänge in Gestalt von schrittweisem Belegschaftsabbau, Evaluierung oder Personalaustausch meist über längere Zeiträume erstreckten. Für Berufssoldaten der NVA, vor allem für über 50jährige, geschah dies abrupt, auf Befehl von heute auf morgen, altersbedingt nur sehr beschränkt durch Umschulungsmaßnahmen aufgefangen und unter restriktiven Einschränkungen: Teile des Arbeitsmarktes wie öffentlicher Dienst, Bildungs- und Hochschulwesen und andere blieben ihnen von vornherein verschlossen. Im Ergebnis dessen stehen von denen unter 65 Lebensjahren (das sind 77 Prozent der Befragten) nur noch 31 Prozent im Arbeitsprozeß, davon rund die Hälfte mit einer Teilzeitbeschäftigung. Nicht eingeordnet sind hier die knapp 18 Prozent, die zur Aufbesserung von Renten- oder Versorgungsbezügen noch stundenweise und durch Zuverdienstgrenzen beschränkt tätig sind und eher unter den Begriff der Unter- oder Ersatzbeschäftigung fallen. Insgesamt sind 51 Prozent der unter 65jährigen ohne Beschäftigung, obwohl zwei Drittel von ihnen willens sind, in den Arbeitsprozeß zurückzukehren.

Ein zweites, gravierendes Merkmal der sozialen Lage dieser Gruppe ist der Umstand, daß ihr *Qualifikationspotential entwertet* ist und - wenn sie denn eine Anstellung gefunden haben - selten ausgeschöpft wird. Das ist in dreifacher Hinsicht mit Spezifika ihrer Qualifikation verbunden. Zum einen sind erworbene militärische Qualifikationen kaum, militärtechnische nur teilweise zivilberuflich verwertbar. Zum anderen liegt der in der NVA erworbene Qualifikationsgrad sehr oft über dem in Umschulungsprozessen erreichbaren oder auf dem Arbeitsmarkt benötigten. Zum dritten schließlich fällt ein beträchtlicher Teil der von ehemaligen Berufssoldaten der NVA erworbenen Qualifikationen unter jene, die in der Bundesrepublik nicht anerkannt werden. Von den Befragten haben 60 Prozent einen Hochschul- und 37 Prozent einen Fachschulabschluß. Nur etwa jeder sechste der noch Berufstätigen übt eine der erworbenen Qualifikation adäquate Tätigkeit aus. Vor allem Hochschulabsolventen sind unter ihren Möglichkeiten beschäftigt - sie sind auf dem Arbeitsmarkt vor allem für unterqualifizierte Teilzeit- und Stundenjobs gefragt, in denen eher Diszipliniertheit, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit geschätzt sind. 65 Prozent aller Vollbeschäftigten und 95 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten gehen einfachen Tätigkeiten im Dienstleistungswesen mit dem Schwerpunkt Wach- und Sicherheitsdienste nach - als Wachmann, Aufsicht, Verkäufer, Kraftfahrer, Hausmeister, Vertreter usw. Der Begriff der „Ersatzbeschäftigung“ scheint hier auch qualitativ angebracht - von einer selbstbestimmten, eigenen Vorstellungen und Möglichkeiten entsprechenden Teilnahme am Erwerbsleben kann keine Rede sein.

Die Betroffenen erleben dies - und dies ist ein wichtiges drittes Merkmal ihrer sozialen Lage - als massiven *Verlust an Sozialstatus und -prestige*, dessen Wirkungen auf die Integration in die Bundesrepublik augenfällig sind. Rund 86 Prozent der Befragten konstatieren solchen Verlust, 57 Prozent rechnen sich heute eher zu den unteren Schichten der Gesellschaft. Trotz nachweisbarer Korrespondenz mit Einkommenshöhe und -struktur bestimmen fehlende Arbeit und vor allem fehlende qualifikationsgerechte Arbeit die Tendenz zu niedriger sozialer Selbsteinordnung stark.

Im Ergebnis der bisher genannten, durchgängig ungünstigen Entwicklungen sehen 62 Prozent ihre *materielle Lage* im Vergleich zu früher (vor der Vereinigung) als „eher verschlechtert“, 30 Prozent konstatieren gleichbleibendes Niveau, 8 Prozent eine Verbesserung. 58 Prozent meinen, man müsse sich zwar einschränken, könne aber gut leben. 34 Prozent müssen sich sehr einschränken, um auszukommen. Hinter diesen Wertungen stehen (alters- und beschäftigungsbedingt) *differenzierte Einkommensstrukturen*, die hier nicht detailliert vorgestellt werden können. In der Quintessenz ergibt sich das folgende Bild:

Rund drei Fünftel beziehen persönliche Einkünfte ausschließlich aus Renten- bzw. rentenähnlichen Leistungen, deren Durchschnitt zum Befragungszeitpunkt, obwohl z.T. noch unter Bestandsschutz fallend, mit etwa 1.600 DM um weniger als 80 DM über der Eckrente in den neuen Bundesländern lag. Der Gesamtdurchschnitt der individuellen Einkommen errechnete sich - Erwerbseinkommen aller Arten nunmehr eingeschlossen - mit etwa 1.860 DM. Wer ausschließlich Erwerbseinkommen bezieht, findet sich aus den geschilderten Gründen eher unter dem durchschnittlichen individuellen Nettoeinkommen in Ostdeutschland. Auch das in der Umfrage erfragte Haushaltsnettoeinkommen ist deutlich niedriger als das für die ostdeutschen Länder ermittelte. Bis zu 15 Prozent lagen nach diesen Angaben im Bereich oder schon unter den Sozialhilfegrenzen. Bei unverändertem Rentenüberleitungsgesetz hätten *rund zwei Drittel der Befragten mit weiterer ungünstiger Entwicklung und im Extremfall mit Altersarmut* zu rechnen. Erklärungen dafür bieten u.a. zwei - nur selten registrierte - Umstände, deren möglicher Zusammenfall in Rechnung zu stellen ist. Erstens dürfte es sich hier überwiegend um ehemalige Berufsunteroffiziere oder Fähnriche handeln, deren auf 50 bis 60 Prozent gekürzte Versorgungsbezüge in der Tat in diese Bereiche gefallen sein könnten. Zweitens muß bei einem nicht unerheblichen Anteil der Ehe- bzw. Lebenspartner eine geringe Zuverdienst- bzw. Rentenhöhe vorausgesetzt werden. Dafür spricht neben der Arbeitsmarktlage und -struktur in Ostdeutschland der aus soziologischen Erhebungen der NVA bekannte Umstand, daß die berufliche Entwicklung der Ehefrauen von Berufssoldaten durch Standortlage und häufigen Standortwechsel oftmals unterbrochen oder gänzlich ausgesetzt war.

Damit ist ein viertes, essentielles Merkmal der sozialen Lage ehemaliger Berufssoldaten der NVA umrissen. Auf zwei weitere sei hier nur verwiesen. Zum einen fällt eine relativ geringe Wohnmobilität auf, was offenbar neben Altersgründen auch auf hohe Umfeldbindungen zurückzuführen ist. Zur Erinnerung: erhebliche Anteile lebten in Armeesiedlungen (41 Prozent) oder anderen städtischen Neubaugebieten. Zum zweiten gibt es - dem ersten eher gegenläufig - Anzeichen für eine Reduktion der sozialen Kontakte, die über altersbedingte Prozesse hinaus auf Zeitmangel und eine gewisse Individualisierung zurückgeführt wird.

Summarisch ergeben die genannten Merkmale *sehr unterschiedliche Lebenslagen, für große Gruppen eine reduzierte und für mindestens jeden siebenten eine radikal verringerte Lebensqualität*. Nur jeder sechste unter 65 Lebensjahren noch vollbeschäftigt, ebenso viele - oder wenige - qualifikationsgerecht eingesetzt, jeder zweite aber ohne Arbeit; sechs von sieben im Bewußtsein des sozialen Abstiegs; jeder siebente mit einem Haushaltsnettoeinkommen in der Nähe der Sozialhilfegrenzen - es bedürfte des Gefühls der rechtlichen Ungleichbehandlung wohl kaum noch, um sich ausgegrenzt zu fühlen.

*Umbruch der Lebensverhältnisse und Selbstveränderung* wird dementsprechend vor allem hinsichtlich der sozialen Sicherheit (90 Prozent), von Konsummöglichkeiten (82 Prozent), Lebenszielen und -inhalten (81 Prozent) sowie Rechtssicherheit (73 Prozent) reflektiert; mehr als drei Fünftel benennen Veränderungen bezüglich Freiheit, Selbstverwirklichung, politischer Ansichten, Wohlstand. Die vergleichsweise

geringsten Veränderungen werden bei demokratischer Mitbestimmung, weltanschaulichen Positionen sowie bei geistiger Unabhängigkeit und Mündigkeit erlebt. Auch hier sehen sich jedoch Mehrheiten in Transformationsprozessen.

Wesentlich differenzierter erfaßt werden die Richtungen des Wandels. Nur bei den Konsummöglichkeiten findet sich überhaupt eine und große Mehrheit (83 Prozent), die Gewinn registriert, wenn auch eingeschränkt durch die Realisierungsmöglichkeiten. Freiheit, geistige Unabhängigkeit, demokratische Mitbestimmung und politische Ansichten tendieren noch geringfügig zu Zugewinn, auch wenn viele sich hier für eine ausgeglichene Bilanz oder ein „teils-teils“ entscheiden. Die Verlustposten sind zahlreicher und meist gravierender, der herbste Verlust wird an sozialer Sicherheit verbucht.

Hier ist auf den von jedem zweiten registrierten und von 43 Prozent der Befragten als bedeutsam empfundenen *Verlust an Lebensinhalten und -zielen* zurückzukommen. Er markiert deutliche Brüche auch in der Biographie. Resultat ist ein anderes Selbstbild, sind Werte und Sinnverlust bis zu depressiven Stimmungen. Das Festhalten an weltanschaulichen und politischen Positionen, auszumachen auch an jenem Drittel, das hier kaum Wandel feststellt, reflektiert so neben stabilen Elementen der Persönlichkeitsstruktur auch Haltsuche.

Halt bieten für denjenigen, der sich in nicht oder zumindest nicht so gewollte Umbrüche gestellt sieht und sich in seinem neuen gesellschaftlichen Umfeld nicht an- und aufgenommen fühlt, nicht selten bisherige Sinngebungen. Wenn auch überwiegend nicht einschränkungslos, so halten doch Mehrheiten an Grundstrukturen ihres bisherigen Gesellschaftsbildes fest. Rückblickend sehen vier von fünf die DDR geschichtlich als eine progressive Alternative zur Bundesrepublik, und nahezu zwei Drittel unterstellen, sie wäre reformierbar gewesen. Als positiv empfundene Seiten des Lebens in der DDR fließen heute bestimmend in das Bild von einer freien und gerechten Gesellschaft ein. An den Einschränkungen werden oft bittere Einsichten und kritische Distanz zu den Realitäten in der DDR deutlich, ohne daß die im Begriff des „Unrechtsstaats“ liegende pauschalisierende Verurteilung geteilt würde. Kritische Prüfung ihres DDR-Bildes schließt bei vielen auch *Selbstüberprüfung* ein. Jeder vierte lebt mit dem Gefühl, auch persönlich etwas falsch gemacht zu haben. Wenn zwei Drittel der Befragten nicht zum Eingeständnis persönlicher Mitverantwortung für das Geschehen in der DDR gelangen, führen sie dies vor allem auf ihr Grundmotiv „Friedenssicherung“ und auf die besondere Stellung des Soldaten angesichts des geleisteten Eides, der Disziplin und des Berufsethos zurück, selbstkritisch aber auch auf Vertrauensseligkeit und opportunistische Anpassung. Zwei Drittel aller Befragten sind deshalb für die Aufarbeitung der Vergangenheit, 31 Prozent für öffentliche. Das Eingeständnis eigener Fehler fällt mit der Bereitschaft zur öffentlichen (und damit polemisch-kontroversen) Aufarbeitung in hohem Grade zusammen. Das ist sicher weniger Ergebnis denn Voraussetzung kritischer Selbstüberprüfung und auch nach fünf Jahren nicht Allgemeingut. Als Gründe werden vor allem der gegenwärtig ausschließliche DDR-Bezug und die fehlende gesamtdeutsche Sichtweise genannt, die für Konsequenzen ebenso sinnlos sei wie die starke Einengung auf juristische Aufarbeitung.

Die geschilderte Gesamtsituation reflektiert sich deutlich im *subjektiven Lebensgefühl und in den Zukunftserwartungen*. Rund 30 Prozent sind mit ihrem gegenwärtigen Leben im allgemeinen zufrieden, lediglich 4 Prozent einschränkungslos. Dem steht eine unzufriedene Mehrheit gegenüber, davon 14 Prozent völlig Unzufriedene. Für die Integration in die Bundesrepublik ist dies ein ausschlaggebendes Moment. Zukunftspessimismus ist die logische Folge. Rund 68 Prozent nehmen an, daß sich ihre Lebenslage künftig eher verschlechtern wird. Mit Ungewißheiten oder negativen Erwartungen an die Zukunft zu leben, wirkt seinerseits auf Lebenszufriedenheit

zurück. Belege finden sich auch in für Berufssoldaten eher untypischen psychischen Befindlichkeiten - Mut und Ratlosigkeit, vergebliche Suche nach dem Lebenssinn sind Erscheinungen, die ihnen vor der Vereinigung meist fremd waren, heute aber wenigstens jeden dritten Befragten quälen.

Auch die Reduktion auf einige Hauptergebnisse der Umfrage erlaubt sicher drei resümierende Nachbemerkungen:

*Erstens* wird deutlich, daß Ansichten und Befindlichkeiten der erfaßten ehemaligen Berufssoldaten der NVA in offensichtlicher und prinzipieller Übereinstimmung mit Grundtendenzen in vergleichbaren Altersgruppen der Gesamtbevölkerung der neuen Länder stehen, wie sie in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen in letzter Zeit vorgestellt wurden. Gewiß unterscheiden sich dabei Reflexionen über das Leben in der Bundesrepublik, über Veränderungen in der Lebensqualität seit der Vereinigung und nicht zuletzt Rückblicke auf die DDR in ihrer begrifflichen Struktur und Schärfe sowie graduellen Ausprägung. Aber einen insgesamt höheren Lebenskomfort, völlige Bewegungsfreiheit, große Freiräume für Interessenartikulation und -vertretung einerseits und zugleich den rigorosen Rückbau von sozialer Sicherheit und Geborgenheit, die Dominanz des Eigeninteresses vor dem der Gesellschaft, das Gefühl der Zurücksetzung erleben sie ebenso und geben es in ähnlichen Gegenwartsbewertungen und Zukunftsprognosen wieder.

*Zweitens* ist das notwendige Umdenken, die eingangs schon erwähnte Identitätssuche - durch Spezifik und Differenziertheit ihrer gegenwärtigen Lage sowie durch Enge und Dauer ihrer früheren Bindungen an die DDR maßgeblich beeinflusst - zwar unterschiedlich weit fortgeschritten, erfaßt aber die große Mehrheit. Werte und Lebensziele, politische Ansichten unterliegen offensichtlich der Prüfung, sind in Bewegung und Wandel geraten. Die damit verbundene, keineswegs abgeschlossene Neubestimmung des Verhältnisses zur Gesellschaft mündet in kritische Loyalität, durch Respekt und kritisches Hinterfragen gleichermaßen charakterisiert und durch teilweise abweichendes Erleben deutlich erschwert. Gesellschaftskritik wird überwiegend nicht generell und durchgehend, eher partiell geübt; sie ist mehrheitlich nicht radikal, sondern reformorientiert, in der eigenen Lebenswelt, Erfahrung, Wertestruktur und sicher auch weltanschaulich begründet.

Und *drittens*: als Haupthindernis voller Integration und des Heimischwerdens in der Bundesrepublik erweist sich für diese Gruppe die Verweigerung gleichberechtigter Aufnahme und Stellung vor dem Gesetz. Das Grundgefühl sozialer Unsicherheit, das sie wiederum mit der Mehrheit der Ostdeutschen teilt, wird durch das Gefühl der Rechtsunsicherheit und Ausgrenzung überlagert und verstärkt.

Zweifel an der Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes und der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes ihnen gegenüber werden dabei vorrangig, aber nicht ausschließlich über das Rentenüberleitungs-Gesetz transportiert. Nichtanerkennung von Berufsabschlüssen und Dienstgraden, die Berufsverbote gleichkommende Aussperrung aus bestimmten Arbeitsbereichen und zunehmende Kriminalisierungsversuche sind weitere, integrationsbehindernde Beispiele. Zusammen mit den - davon wesentlich mitbestimmten - Charakteristika ihrer sozialen Lage determiniert dies ihre Position im Übergang: ein Leben zwischen den Ufern. An dem einen am „Fußfassen“ gehindert, vermag man sich von dem anderen nicht zu lösen, obwohl man zurück weder kann noch will. Das ist kein Leben zwischen Anschluß und Ankunft - es ist eher eines zwischen den Zeiten. Es steht zu befürchten, daß es für viele - und nicht nur aus biologischen Gründen - eine Ankunft nicht geben wird.